

Bericht

**des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)
gemäß § 62 Absatz 2 der Geschäftsordnung**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Nicole Maisch, Ulrike Höfken, Cornelia Behm,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/656 –**

Kinderspielzeug – Risiko für kleine Verbraucher

A. Problem

Überarbeitung der EU-Spielzeugrichtlinie, damit gesundheitliche Gefahren für Kinder durch Spielzeug in Zukunft ausgeschlossen werden können; überhöhtes Krebsrisiko für Kinder insbesondere durch veraltete Grenzwerte für polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe (PAK), die im begründeten Verdacht stehen, erbgutverändernd zu wirken, Krebs zu erzeugen oder die Fortpflanzung zu beeinträchtigen.

B. Lösung

Die Antragsteller fordern die Bundesregierung auf, einen Bericht und einen Maßnahmenplan vorzulegen, der den erforderlichen Nachbesserungsbedarf an der EU-Spielzeugrichtlinie, mögliche nationale Maßnahmen und eine bessere Marktüberwachung zum Inhalt hat.

C. Alternativen

Beibehaltung der bisherigen Regelungen.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Bericht des Stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie Martin Dörmann

I. Überweisung

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf **Drucksache 17/656** wurde in der 27. Sitzung des Deutschen Bundestages am 4. März 2010 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zur Mitberatung überwiesen.

II. Antrag auf Berichterstattung

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat gemäß § 62 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages einen Zwischenbericht des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie über den Stand der Beratungen des Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Kinderspielzeug – Risiko für kleine Verbraucher“ beantragt. Die Voraussetzungen für die Berichterstattung liegen vor.

III. Wesentlicher Inhalt des Antrags

Der Antrag hat eine Nachbesserung an der EU-Spielzeugrichtlinie zum Ziel, indem nationale Maßnahmen zum Schutz kleiner Verbraucher ergriffen werden sollen und der Markt für Kinderspielzeuge in Deutschland besser überwacht werden soll. Ein Bericht über diese Sachverhalte wird von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN von der Bundesregierung gefordert. Es fänden sich immer noch krebserregende Chemikalien in Kinderspielzeugen. Insbesondere wird ein überhöhtes Krebsrisiko für Kinder durch veraltete Grenzwerte für polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe (PAKs), die auch erbgutverändernd wirken, Krebs erzeugen oder die Fortpflanzung beeinträchtigen (also CMR-Stoffe sind), kritisiert. Die Bundesregierung soll eine umfassende Marktanalyse vornehmen.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache 17/656 verwiesen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat den Antrag der Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN „Kinderspielzeug – Risiko für kleine Verbraucher“ in seiner 9. Sitzung am 15. April 2010 erstmals beraten. Ferner hat der Ausschuss zu diesem Antrag in seiner 12. Sitzung am 17. Mai 2010 eine öffentliche Sachverständigenanhörung durchgeführt. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat erst-

mals für die 25. Sitzung des Ausschusses am 6. Oktober 2010 die abschließende Beratung der Vorlage beantragt. In dieser Sitzung wurde die Beratung auf einvernehmliche Empfehlung der Obleute vertagt.

Die Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und FDP beantragten die Vertagung der Beratung. Die Koalitionsfraktionen verwiesen darauf, dass zu diesem Thema als Ergebnis der Anhörung gegenwärtig auch ein Antrag der Koalitionsfraktionen ausgearbeitet werde, der in dieser Sitzungswoche in erster Lesung beraten und dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung überwiesen werde. Es sei schon aus Gründen der Verfahrensökonomie nicht sinnvoll, die Thematik schon jetzt abschließend zu bearbeiten und sich dann in wenigen Wochen erneut mit derselben Thematik aufgrund eines Antrags der Koalitionsfraktionen zu befassen.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN machte geltend, dass den Koalitionsfraktionen für die Einbringung eines eigenen Antrags zu dieser Thematik genug Zeit zur Verfügung gestanden habe.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die weitere Beratung der Vorlage zu vertagen.

Berlin, den 27. Oktober 2010

Martin Dörmann

Stellvertretender Vorsitzender